



Antrag an den Kreistag

Antragsteller: Kreistagsfraktion AfD/Endert

Beratungsgegenstand:

Den Eindämmungswahnsinn eindämmen – Corona Verordnungen so liberal wie möglich anwenden!

Der Kreistag möge beschließen:

Die Kreisverwaltung wird angehalten, bei der Umsetzung der jeweils aktuellen geltenden Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen – Anhalt folgende Grundsätze zu beachten:

- 1.) Sofern dem Landkreis ein Ermessensspielraum zusteht, ob eine Regelung aus obiger Verordnung überhaupt anzuwenden ist, wird die Regelung nicht angewandt.
- 2.) Sofern dem Landkreis ein Ermessensspielraum zwischen strengeren und weniger strengen Regelungen zusteht, wird immer die am wenigsten strenge Regelung angewandt.
- 3.) Sofern dem Landkreis die Entscheidung obliegt, ob in Fällen von Verstößen gegen die obige Verordnung Bußgelder erhoben werden, sind keine Bußgelder zu erheben.
- 4.) Sofern der Landkreis Bußgelder verhängen muss, ihm aber in der Bußgeldhöhe Spielräume gewährt werden, wird grundsätzlich das niedrigste mögliche Bußgeld verhängt.
- 5.) Bei der Auslegung und Anwendung der obigen Verordnung ist in allen weiteren Fällen immer die Möglichkeit zu wählen, die den Bürger am wenigsten belastet und am schwächsten in seine Rechte eingreift.



6.) Der Landkreis wird abgesehen von der Umsetzung von Maßnahmen, die Ihm durch Landesverordnung auferlegt werden, keinerlei eigenen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 ergreifen.

Begründung:

Mit dem zweiten sog. Lockdown und der Änderung der „8. Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt“ am 30. Oktober 2020 hat die Landesregierung gezeigt, dass sie nicht gewillt ist, sich der destruktiven Corona – Politik der Bundesregierung zu widersetzen.

Obwohl diese Politik offensichtlich mehr Gesundheitsschaden als Nutzen bringt und speziell in Sachsen – Anhalt aufgrund der niedrigen Infektionszahlen hierzulande auch gemessen an ihren eigenen Maßstäben nicht notwendig wäre, folgt die Landesregierung blind der vom Bund vorgegebenen Linie, fügt unserer Wirtschaft dadurch großen Schaden zu und schränkt darüber hinaus das Leben aller Bürger massiv und völlig unverhältnismäßig ein.

Der vorliegende Antrag der Kreistagsfraktion AfD/Endert begehrt vor diesem Hintergrund, dass der Landkreis Jerichower Land bei der Wahrung geltenden Rechts alles in seiner Macht Stehende unternimmt, um die destruktive und unverhältnismäßige Corona- Politik der Landesregierung einzudämmen.

Wir sind uns bewusst, dass wir auf Kreisebene die herrschende Corona Politik nicht grundsätzlich ändern können, wir können aber die Ermessensspielräume, die uns bei der Umsetzung der Verordnungen verbleiben, nutzen, um den Schaden zu minimieren und so viel bürgerliche Freiheit wie möglich zu erhalten.

Gordon Köhler

Vorsitzender Kreistagsfraktion AfD/Endert